

(Abg. Brodau.)

(A) Ich will hier auf einen Fall, der in Sachsen vorgekommen ist, nicht näher eingehen, ich will ihn nur kurz ins Gedächtnis zurückrufen. Sie wissen, daß einer unserer sächsischen Reichstagsabgeordneten von der nationalliberalen Fraktion nicht wieder kandidiert, und Sie wissen auch, daß Preßerörterungen vorausgegangen sind, gewisse Bemerkungen im Hauptblatte der Agrarier, in der „Deutschen Tageszeitung“, Bemerkungen, die allerdings den Verdacht hervorriefen, daß man beabsichtigte — ich kann den Namen nennen —, die Bank des Herrn Dr. Weber

(Zuruf rechts: Vollständig unwahr!)

zu schädigen.

(Zuruf rechts: Nein!)

(nach rechts gewendet) Sie leugnen das einfach ab. Ich entnehme aus dem Abstreiten, daß Sie mit der Tendenz jener Preßbemerkungen nicht einverstanden sind. Ich konstatiere das zu meiner Freude und bin überzeugt, daß das Vorgehen nicht im Sinne der Herren hier auf der Rechten liegt. Wenn ich den Fall zur Sprache bringe, so geschieht es deswegen, daß Sie zu Ihrem Teile auch in Ihren Kreisen dazu beitragen, daß nicht Vorwürfe, die Sie gegen die äußerste Linke berechtigterweise erheben, Ihnen selbst zurückgegeben werden müssen.

(B) (Sehr richtig!)

Einen Fall, der nicht in Sachsen vorgekommen ist, aber in der Nachbarschaft, möchte ich noch erwähnen, einen Fall, der vor allen Dingen zeigt, wie auf agrarischer Seite der Boykott, um mit den Worten des Herrn Dr. Böhme zu reden, auch gegen unbeteiligte Dritte ausgeübt wird. Im Kreise Sagan-Sprottau kandidiert der Bürgermeister von Sagan als liberaler Kandidat, ein Herr, der früher in Sachsen Bürgermeister war. Mit seinen Erfolgen in der Wahlagitation ist die konservative „Neue Niederschlesische Zeitung“ sehr unzufrieden, und sie schrieb vor kurzem:

„Endlich beginnt jetzt auch die Saganer Geschäftswelt die Folgen dieser Heßarbeit“ — als solche bezeichnet sie die Arbeit des liberalen Kandidaten — „bereits an ihrer eigenen Kasse zu merken, da viele Landwirte aus der Umgebung unserer Stadt, die auf Landkundschaft sehr angewiesen ist, erklärt haben, ihre Einkäufe nicht mehr in einem Ort machen zu wollen, dessen Oberhaupt so feindselig und schädigend gegen sie auftritt.“

Das ist der Boykott gegen unbeteiligte Dritte in der nacktesten Form. Auch dies muß der Gerechtigkeit halber bei dieser Gelegenheit, die wir jetzt haben, mit gerügt werden.

II. R. (1. Abonnement.)

(C) Ich will mich nur noch kurz mit der Erklärung der Königl. Staatsregierung, die der Herr Minister des Innern abgegeben hat, beschäftigen. Wir begrüßen in dieser Erklärung zweierlei: daß mit allem Nachdruck betont worden ist: man will die Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wahren, und man will sich vollständig auf die Grundlage der bestehenden Koalitionsfreiheit für beide Teile stellen. Was man im übrigen seitens der Regierung für Vorschläge beabsichtigt, das ist nur sehr andeutungsweise zum Ausdruck gekommen; man will eine Abänderung der Paragraphen, die den Einfluß auf die freie Willensbestimmung in bestimmten Grenzen untersagen. Wir sind nicht in der Lage, uns über die Gedanken, die der Regierung vorschweben, hier auszusprechen; aber das kann ich sagen, daß auch meine politischen Freunde damit einverstanden sind, wenn ein Weg gefunden wird, gewissen Auswüchsen, die sich gezeigt haben, entgegenzutreten, wenn die bestehenden Grundlagen der Koalitionsfreiheit beibehalten werden.

(Bravo! bei der Fortschrittlichen Volkspartei und in der Mitte.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Zöphel.

(D) **Abg. Dr. Zöphel:** Meine sehr geehrten Herren! Der Herr Abg. Bleyer hat die Gründe entwickelt, die uns veranlaßt haben, eine Frage an die Königl. Staatsregierung zu richten, ob sie glaubt, im Besitze der erforderlichen Mittel zu sein, die es verhindern, daß der Bestand und die Entwicklung von Industrie, Handel und Handwerk gestört werden durch den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften, und ob sie verhindern kann, daß die Freiheit der arbeitsfreudigen Arbeiterschaft, die tatsächlich durch die Maßnahmen der sozialdemokratischen Gewerkschaft beeinträchtigt wird, auch nicht gestört wird.

Der Herr Abg. Bleyer hat zur Genüge deutlich hervorgehoben, daß es uns bei der Besprechung dieser Angelegenheit darauf ankommt, die Freiheit des Koalitionsrechtes voll aufrechtzuerhalten und auch bei der gesetzgeberischen Arbeit diesem Gedanken zur Geltung zu verhelfen. Das ist das Entscheidende für die Abfassung unserer Interpellation, die von vornherein dem Mißverständnis begegnen wollte, als strebten wir etwa scharfmacherischen Tendenzen nach, als wollten wir auf eine Zuchthausvorlage hinarbeiten. Deshalb haben wir im Gegensatz zu dem Antrage, der von einer anderen Seite des Hauses gestellt worden ist, die Form der Anfrage gewählt.

Wenn die Ausführungen des Herrn Abg. Bleyer an einer Stelle auf Widerspruch gestoßen sind, die mißver-